



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 3. APRIL 2024

Die Kandidaten der Budapester Oberbürgermeisterwahl im Porträt

Die ungarischen Kommunalwahlen werden in diesem Jahr zeitgleich mit den Europawahlen am 9. Juni 2024 stattfinden und bergen eine Besonderheit. Die Abgeordneten und Bürgermeister werden ausnahmsweise für eine Amtszeit von 4,5 Jahren (von Herbst 2024 bis Frühjahr 2029) gewählt. Der Grund für diese Abweichung in der Amtszeit ist die Entscheidung, die ungarischen Kommunalwahlen in Zukunft stets zeitgleich mit den Wahlen zum Europäischen Parlament abzuhalten – ein Entschluss, welcher zudem im Grundgesetz verankert wurde. Begründet wurde dieser Schritt vor allem damit, dass es einfacher sei, die Wahlen gleichzeitig abzuhalten als getrennt und der Staat durch die gemeinsame Durchführung der Wahlen zudem mehr als zehn Milliarden Forint – circa 25 Millionen Euro – einsparen könnte. Ein positiver Effekt auf die Wahlbeteiligung bei beiden Wahlen wird ebenfalls erwartet und erhofft. Im Rahmen der diesjährigen Kommunalwahlen werden das Amt des Oberbürgermeisters von Budapest sowie weitere 3.177 Bürgermeisterposten zur Wahl gestellt, zudem 381 Mandate in den Versammlungen der Burgkomitate (Komitatsversammlungen; vgl. mit den dt. Kreis- bzw. Bezirkstagen) sowie insgesamt 19.735 Mandate in Stadt- und Gemeinderäten. Für die Oberbürgermeisterwahlen in Budapest werden voraussichtlich fünf Kandidaten ins Rennen geschickt: Der amtierende Oberbürgermeister Gergely Karácsony, welcher von insgesamt vier linken und linksliberalen Parteien (Párbeszéd, Momentum, DK und MSZP) unterstützt wird, Alexandra Szentkirályi, die Kandidatin der bürgerlich-konservativen Regierungskoalition Fidesz-KDNP, Dávid Vitézy, der parteilose Kandidat der grünen LMP, Koloman Brenner, welcher von der Mitte-Rechts-Partei Jobbik unterstützt wird, sowie András Grundtner, der Kandidat der rechtsextremen Mi Hazánk. Neuesten Wahlumfragen des Meinungsforschungsinstituts Pulzus zufolge, steht als aussichtsreichster Kandidat mit 39 Prozent der Stimmen derzeit Karácsony an der Spitze, gefolgt von Vitézy (22 Prozent) und Szentkirályi (16 Prozent), die gemeinsam so viele Stimmen auf sich versammeln können, wie der amtierende OB. Brenner und Grundtner liegen mit zwei bzw. einem Prozent in der Hauptstadt weit abgeschlagen. Die drei aussichtsreichsten Kandidaten stellen wir Ihnen im Folgenden im Porträt vor.



Gergely Karácsony (Párbeszéd), Spitzenkandidat der Parteien Párbeszéd, Momentum, DK und MSZP).

Quelle: MTI/Szilárd Koszticsák

Gergely Karácsony (Párbeszéd)

Der Oberbürgermeisterkandidat der linken Opposition, Gergely Karácsony, ist ein vertrautes Gesicht in der Budapester Stadtpolitik, bewirbt er sich ab 2024 doch bereits um seine zweite Amtszeit und war er es ferner, der 2019 dem damals bereits 9 Jahre amtierenden Bürgermeister von Fidesz-KDNP, István Tarlós, das Rathaus abspenstig machte. Ursprünglich stammt Karácsony aus dem ländlichen Osten Ungarns. Sein Vater starb, als er noch ein Kind war. Später zog die Familie in die ostungarische Metropole Debrecen, wo er sein Abitur machte. Zum Studium zog es ihn schließlich in die Landeshauptstadt Budapest, wo er Wurzeln schlug und ein Diplom als Soziologe und Politikwissenschaftler erwarb. Seine Diplomarbeit schrieb er über das Wählerverhalten. Nach seinem Studium blieb er als Dozent, später als Assistenzprofessor an der Universität. Ferner arbeitete er als Markt- und Meinungsforscher. Die politische Bühne betrat der junge Karácsony in den 2000er-Jahren, zunächst als politischer Berater im Staatssekretariat für Koordinierung des von den Sozialisten geführten Ministerpräsidentenamtes. 2009 trat er in die neugegründete grüne Protestpartei „Lehet Más a Politika“ (Politik kann anders sein, LMP) ein, für die er 2010 den Wahlkampf zu den Parlamentswahlen leitete und ein Mandat als stellvertretender Fraktionsvorsitzender errang. Später war er auch strategischer Leiter im Vorstand der Partei, bis er diese aufgrund interner Meinungsverschiedenheiten in der Ausrichtung der Partei mit einigen anderen Mitgliedern verließ, um die links-grüne Abspaltung „Dialog für Ungarn“ (Párbeszéd Magyarországért) zu gründen, der er bis 2022 mit vorstand. Bei seinen ersten Kommunalwahlen 2014 erreichte Karácsony für das neue Bündnis das Bürgermeisteramt des 14. Bezirks von Budapest (Zugló). 2018 kandidierte er erfolglos für das Amt des Ministerpräsidenten. Weitaus erfolgreicher verlief schließlich seine Oberbürgermeisterkandidatur bei der nächsten Kommunalwahl 2019, für die er sich als

Spitzenkandidat der vereinten Opposition mit 50,86 Prozent der Stimmen gegen István Tarlós durchsetzte. Seit knapp fünf Jahren regiert er nunmehr die Hauptstadt und zieht im kommenden Sommer für weitere viereinhalb Jahre ins Rennen. „Frei und grün, lebendig und lebenswert“ soll Budapest sein; sein Wahlkampfslogan trug den Titel „Budapest für Jedermann“ (Budapest Mindenkié). Dazu zählt unter anderem der Fokus auf mehr kommunalen Wohnungsbau, Grünflächen und öffentlichen Nahverkehr. Bekanntermaßen ist Karácsony nicht nur stolz darauf, mit dem Fahrrad, statt mit dem Dienstwagen zur Arbeit zu kommen, er fuhr sogar bei seinem Amtsantritt 2019 mit diesem ein. Ob sein Fahrrad ihn auch dieses Mal bis ins Rathaus trägt, wird sich im Juni zeigen.



Dávid Vitézy (parteilos), der Verkehrsexperte zieht mit Unterstützung der LMP ins Rennen.

Quelle: MTI/Tamás Kovács

Dávid Vitézy (parteilos)

Der nominell parteilose Dávid Vitézy, der mit der Unterstützung der grünen LMP antreten wird, ist ein spannender Fall der Budapester Stadtpolitik, der frischen Wind in den Wahlkampf bringen könnte. Noch nicht einmal gänzlich erwachsen, erlangte der damals 17-jährige Vitézy landesweit Bekanntheit, indem er die Budapester Verkehrsgesellschaft BKV unablässig mit umfassender Fachkritik überhäufte. Ursprünglich stammt der 1985 geborene Vitézy aus einem bürgerlichen Haushalt. Dies schreckte die Eltern jedoch nicht davon ab, ihren Sohn auf eine liberal eingestellte Schule zu schicken, wo er auf dem Schulweg seine Liebe für den öffentlichen Nahverkehr entdeckte und seine Freizeit als Beifahrer im Fahrerhäuschen mit Bus- und Bahnfahrten verbrachte. Schnell kannte Vitézy alle Linien und Fahrpläne der BKV auswendig. Wenig mag es also verwundern, dass der junge Nachwuchsverkehrsexperte bald schon bei der Budapester Verkehrsleitstelle ein- und ausging – und ebenso bald ein Hausverbot erteilt bekam. Nicht aber wegen seiner mangelnden Fachkenntnis, vielmehr aufgrund seiner zunehmenden seitens der BKV als rufschädigend empfundenen Kritik. So wies er noch in der Ära des linksliberalen SZDSZ-Bürgermeisters Demszky beispielweise offen auf die Mängel bei der Umstellung der Straßenbahnen auf der Ringstraße hin. Schlussendlich wurde er im März 2007 im Alter von nur 22 Jahren von der damaligen Oppositionspartei Fidesz für den Aufsichtsrat der BKV nominiert. Nach den

Kommunalwahlen 2010, die Fidesz für sich entschied, wurde Vitézy als leitender Direktor der neugegründeten Dachgesellschaft für den Budapester ÖPNV, der BKK, berufen – wo er sich sogleich mit dem nächsten Oberbürgermeister anlegte. Bei der Durchleuchtung der Firma fanden seine Revisoren zahlreiche Ungereimtheiten in den Rechnungen und Verträgen. Fidesz-OB Tarlós versuchte den Skandal durch eine Degradierung Vitézys zu besänftigen. Der Streit zwischen dem Oberbürgermeister und dem jungen Fachmann erlangte ein großes Presseecho. In seiner Amtszeit als Direktor setzte Vitézy die Erneuerung der Tram-Linien 1 und 3, die Verknüpfung des Budaer Straßenbahnnetzes und das Echtzeit-Fahrgastinformationssystem zur Reiseplanung (BKK Futár) um. Auch die Einführung der Dienstleistung öffentlicher Gemeinschaftsfahrräder (Bubi) im Nahverkehr an zahlreichen Haltestellen in der ganzen Stadt verwirklichte er. Der damalige Bürgermeister von Zugló, Gergely Karácsony, stellte ihm im Nachhinein ein gutes Zeugnis aus. In seiner Wahlkampagne von 2019 betonte er mehrmals, Vitézy gerne wieder an der Spitze der Verkehrsbetriebe sehen zu wollen. Dieser nahm jedoch lieber eine Stelle als Ministerialbeauftragter im Ministerium für Nationale Entwicklung an, wo er die Entwicklung und Koordination des ÖPNV und insbesondere der Regional- und Fernverkehrsstrecken verantwortete. Später verantwortete er in leitenden Funktionen unter anderem den Ausbau und die Sanierung der Bahninfrastruktur im Ballungsraum der Hauptstadt und erhielt bald auch den Stuhl des Staatssekretärs für Verkehrswesen. 2024 ersuchte die grüne LMP den parteilosen Verkehrsfachmann um eine Spitzenkandidatur für das OB-Amt auf ihrer Liste. Vitézy gab schließlich via Facebook seine Kandidatur, allerdings als unabhängiger Kandidat, bekannt. Die LMP bekräftigte jedoch zeitgleich ihre Zusammenarbeit mit ihm. Auf wessen Liste auch immer er antritt, Vitézy möchte für Expertise und Sachpolitik jenseits parteipolitischen Lavierens stehen. Auf seine Aufgabenliste für seine Hauptstadt hat er sich die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, bessere Nahverkehrsanbindung der Vorstadtbezirke und der Agglomeration, eine Verbesserung des Gesundheitswesens sowie die höhere Mittelaufwendung zur Stadtentwicklung außerhalb des touristischen Innenstadtkerns gesetzt.



Alexandra Szentkirályi (Fidesz), die derzeitige Regierungssprecherin ist nach langer Wartezeit offizielle OB-Kandidatin der Regierungsparteien.

Quelle: MTI/Zoltán Balogh

Alexandra Szentkirályi (Fidesz)

Mit Alexandra Szentkirályi werfen Fidesz-KDNP die amtierende Regierungssprecherin in den Ring, auch wenn politische Beobachter schätzen, dass sich die Regierungsparteien bereits gewiss sein dürften, in der Wahl keine aussichtsreichen Chancen auf einen Erstplatzierten zu haben. Nichtsdestotrotz wäre es im links dominierten Budapest bereits ein Achtungserfolg, mehr Stimmen zu sammeln, als es ihrer Partei, die dort nun seit fünf Jahren in der Minderheit sitzt, bei den letzten Wahlen gelungen ist. Szentkirályi ist gebürtige Budapesterin und mit nur 36 Jahren (*1987) die jüngste der fünf Kandidaten im Rennen um das Amt des Oberbürgermeisters und noch dazu die einzige Frau. Dennoch blickt die bisherige Regierungsbeauftragte für inländische Kommunikation sowie Regierungssprecherin auf eine beachtliche politische Karriere zurück. Ursprünglich stammt sie aus einer siebenbürgischen Familie. Ihr Vater war Geiger an der Oper von Klausenburg, später Direktor einer Künstlerschule im 21. Bezirk Csepel. Nach der Scheidung ihrer Eltern lebte sie bei ihrer Mutter. Ihr Diplom in Jura erlangte sie 2014 in Budapest, wo sie 2006 bereits der Fidelitas, der Jugendorganisation der Fidesz-Partei beitrug. Dort war sie zwischen 2007 und 2010 drei Jahre lang Vorsitzende des Budapester Ortsverbandes des Bezirks Budavár, saß später vier Jahre für die Fidesz-KDNP-Fraktion im Stadtrat. Zwischen 2014 und 2019 wurde sie schließlich stellvertretende Bürgermeisterin von Budapest unter István Tarlós. In dieser Funktion war sie fachlich für die sogenannten „Humanangelegenheiten“ zuständig, also für Kultur, Bildung, Sozial- und Jugendpolitik, Sport, Umwelt, Tourismus und Image der Stadt. 2012 heiratete sie den späteren ungarischen Botschafter in London und derzeitigen Verteidigungsminister Kristóf Szalay-Bobrovniczky, mit dem sie ein gemeinsames Kind hat, benutzt seit 2020 allerdings wieder ihren Mädchennamen. Im gleichen Jahr wurde sie zur Regierungssprecherin ernannt, eine Rolle, die sie nun seit über vier Jahren an der Seite von Kanzleramtsminister Gergely Gulyás wahrnimmt. Über ihr Wahlprogramm ist noch nicht viel bekannt, allerdings betonte sie in ihrer Ankündigung ihrer Kandidatur, dass die „Hauptstadt der Nation [...] einen Bürgermeister [verdient], der nicht gegen die Regierung kämpft, sondern mit der Regierung für das Wohlergehen der Menschen in Budapest arbeitet.“ Gemeinsam mit Dávid Vitézy vereint Szentkirályi in etwa gleich viele Stimmen auf sich wie der amtierende Oberbürgermeister. Beobachter halten es für realistisch, dass Fidesz im Laufe des Rennens ihre Kandidatur zurückziehen und sich hinter den parteilosen Kandidaten stellen könnte, um Gergely Karácsony ernsthafte Konkurrenz zu machen.

Das politische Ungarn begeht den Märzfeiertag

Am Freitag, den 15. März, beging Ungarn seinen Nationalfeiertag zum Gedenken an die nationale Revolution von 1848. Tausende Besucher strömten anlässlich der Feierlichkeiten in die Hauptstadt Budapest. Mehr als 300.000 Übernachtungen wurden am langen Wochenende verzeichnet. Auch das politische Ungarn würdigte den Tag wie gewöhnlich mit Festveranstaltungen, Kundgebungen und großen Reden.

Ministerpräsident Orbán: Wir müssen „Brüssel erobern“!

Ministerpräsident Viktor Orbán hielt seine Festrede auf den Stufen des ungarischen Nationalmuseums, wo er eine scharfe Parallele zwischen den Revolutionären von 1848 und der heutigen ungarischen jungen Generation zog. Auch heute müsse man im Namen von „Ungarns Freiheit und Souveränität [...] Brüssel erobern“ anstatt sich der „globalen

Schafherde auf der Prachtstraße des Soros-Imperiums“ anzuschließen. Weiter kritisierte Orbán den entfesselten Individualismus des Westens, der Solidarität und Gemeinschaftlichkeit verloren habe: „Im Westen wird das Individuum über alles gestellt, Geschlecht und Familie gelten als Konstrukte freier Entscheidungen. Wir Ungarn wissen, allein auf der Welt bist du nicht frei, sondern nur einsam.“ In dieser heutigen westlichen Welt, in der Millionen von Menschen entwurzelt und ohne Identität seien, ohne inneren Antrieb, ohne Ziel, ohne Respekt, würden mal eben einfach so Kriege entfacht und ganze Welten zerstört. „Wir Ungarn wollen anders leben, wir haben eine Vergangenheit und wir haben eine Zukunft“, hielt der Ministerpräsident fest. „Wir lassen uns in keinen Krieg hineinziehen, lassen uns keine illegalen Migranten aufdrängen und schon gar nicht unsere Kinder umerziehen. Ungarn ist frei und souverän, und das bleibt es auch!“, so Orbán, „[...] für die Linken sind Steine dazu da, zertrümmert zu werden, wir Konservativen nehmen die Steine, um Kathedralen zu erbauen.“



Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán bei seiner Festrede zum Nationalfeiertag des 15. März auf den Stufen des Nationalmuseums in Budapest.

Quelle: MTI/Zoltán Máthé

Opposition feiert zersplittert

Die Oppositionsparteien des linken Spektrums der ehemaligen „vereinten Opposition“ feierten den 15. März hingegen jeweils eigenständig, ohne große Massen zu mobilisieren. DK-Spitzenpolitikerin und Europaabgeordnete Klára Dobrev beklagte, die Fidesz-Machthaber hätten der ungarischen Linken die gemeinsame Heimat genommen, weiter sagte sie: „Wir sind nur dann eine Nation und eine Heimat, wenn für alle die gleichen Regeln gelten und niemand über den Gesetzen steht“. Momentum-Vorsitzende Anna Dónath kritisierte, dass

Ungarn außenpolitisch isoliert sei und die Wirtschaft an der Korruption erstickte. Ágnes Kunhalmi, Vizevorsitzende der Sozialisten (MSZP), betonte die Aufgabe, den Glauben an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen und die sozialen Rechte der Arbeitnehmer geltend zu machen. Márton Gyöngyösi, Vorsitzender der Mitte-Rechts-Partei Jobbik, lobte die Möglichkeit zur friedlichen Veränderung mittels freier Wahlen, bemängelte aber auch, dass die Ungarn in jedem Jahrhundert gegen „arrogante Machthaber“ zu kämpfen hätten. Bei den Kommunal- und Europawahlen am 9. Juni könnten die Wähler aber „Lügen, Propaganda und Diebstahl“ klar zurückweisen. Die Grünen von der LMP zeigten sich skeptisch gegenüber all jenen Parteien, die den Nationalfeiertag missbrauchen würden – so Co-Vorsitzende Értsebet Schmuck –, um „politische Programme zu deklarieren oder zum Machtwechsel aufzurufen“. Der Nationalfeiertag sei dazu da, um den wahren Helden der Revolution von 1848 zu gedenken.

Oberbürgermeister Karácsony: Budapest, die Zuflucht der Republik

Oberbürgermeister von Budapest, Gergely Karácsony (Párbeszéd), erklärte seine Hauptstadt zur „Republik, die von Budapester Bürgern regiert wird“. Er sprach im Rahmen einer Demonstration mit verschiedenen Schülerorganisationen. Das oppositionell regierte Budapest gewähre „dem Konzept der Republik Zuflucht“, wohingegen die gewählte Nationalregierung das Land führe „wie eine Aktiengesellschaft und nicht wie eine Republik“ und arme Menschen, Obdachlose, Lehrer und Schüler in ihrer hoffnungslosen Situation im Stich lasse. Auch wenn viele Menschen nicht nur mit der Arbeit der Regierung, sondern auch mit der Opposition unzufrieden seien, rief er sie auf, bei den Kommunalwahlen abzustimmen.

Weitere Oppositionsparteien

Die rechtsextreme Oppositionspartei Mi Hazánk stellte das Ungarntum und die Unabhängigkeit der 1848er Revolutionäre in den Vordergrund, die nicht auf das Ausland gewartet hätten. „Ich bin stolz, Ungar zu sein“, erklärte der Vorsitzende László Toroczkai. Der linke Block hingegen wolle das Ungarntum, den Ungarn abschaffen. Auch Fidesz führe eine linke Wirtschaftspolitik weiter. Allein die Mi Hazánk glaube an die ungarische Volkswirtschaft und an die ungarischen Landwirte, Arbeiter und Unternehmer, und stelle sich „gegen die Macht der Multis, gegen illegale Einwanderung und Gastarbeiter“. Die Satirepartei Partei des zweischwänzigen Hundes (MKKP) feierte den Nationalfeiertag mit einer „Besetzung“ der Budapester Freiheitsbrücke. Die Co-Vorsitzenden wandten sich in gewohnt ironischer Art an all jene, die ihr Glück sowohl bei Fidesz als auch bei den Linken oder den Rechtsextremen (oder sonst wem) enttäuscht sahen. Auch an die Anhänger der Reformierten Kirche richteten sie sich mit spöttischen Worten zum neuen Kinderschutzgesetz. Ein vollkommen ernstes Anliegen sei ihnen jedoch die Souveränität des Landes und das Stoppen der Auswanderung der Jugend; der vollkommen unernste Lösungsvorschlag: Man müsse die Löhne im Westen mit sofortiger Wirkung um 20 Prozent senken (und im benachbarten Rumänien zur Sicherheit auch um 10 Prozent). Die MKKP, so weiter, sei aber schon lange keine reine Witzpartei mehr. Nach 14 Jahren „Orbán-System“ gebe es immerhin „keine Absurditäten mehr, die von den Machthabern nicht noch übertroffen würden.“

Polit-Insider auf Abrechnungskurs: Péter Magyar gründet neue Bewegung

Ein gänzlich neuer Akteur auf der politischen Bühne Ungarns trat mit Péter Magyar auf. Der Ex-Mann der im Zusammenhang mit dem Begnadigungsskandal zurückgetretenen ehemaligen Justizministerin und EU-Spitzenkandidatin von Fidesz, Judit Varga, hatte im

Zuge des Skandals nach dem Rücktritt seiner Frau ein Video-Interview mit dem regierungskritischen, linksliberalen Sender Partizán gegeben, in welchem er unter anderem schwere Korruptionsvorwürfe gegen einige Politiker, allen voran den Kabinettschef des Ministerpräsidenten, Antal Rogán, und Kritik an den „oligarchischen“ Strukturen des Fidesz erhoben hatte. Zuvor hatte er bereits auf seiner Facebook-Seite seinen Rücktritt von all seinen Posten in staatlichen Unternehmen bekanntgegeben. Nun kündigte er in einem öffentlichen Auftritt auf der Prachtstraße der Andrassy út am 15. März vor großem Publikum von einigen zehntausend neugierigen Leuten als neuer „Shooting Star“ der ungarischen Politik die Gründung einer alternativen Bewegung namens „Steht auf, Ungarn“ (TMK) an. Diese plane er, zu gegebenem Zeitpunkt in eine Partei umzuwandeln. In seiner Rede rechnete er erneut mit seiner alten Partei ab und kritisierte die seiner Meinung nach fehlerhafte Allokation von EU-Geldern, die nicht das Interesse des Landes vor Augen hätte. Magyar versteht sich als konservativer Mann der Mitte, der jenseits der für Ungarn typischen politischen Grabenkämpfe stehen wolle. Er sprach sich für eine Reform des Bildungs- und Gesundheitswesens aus. Entgegen den linken Parteien kritisierte er das Zurückhalten der EU-Gelder seitens Brüssel. Vielmehr als eine Blockade von Mitteln, gelte es, die Fördermittel vernünftig und besser zu kontrollieren. Der frühere Oppositionsspitzenkandidat Péter Márki-Zay stellte sich unmittelbar nach der Massenkundgebung hinter Magyars neue Bewegung. Magyar sei zwar nicht der „Messias“ für den ihn viele Menschen im Moment halten würden, besitze jedoch aufgrund seiner Inneneinblicke durchaus Glaubwürdigkeit insbesondere beim Fidesz-Lager und könnte viele enttäuschte Wähler aus ihrer Apathie wachrütteln. Wie sich Márki-Zays selbstbezeichnete Volkspartei „Ungarn für alle“ (MMN) zur TMK verhalten wird, ist derzeit noch unklar.



Péter Magyar bei der Bekanntgabe der Gründung seiner neuen Bewegung. Zehntausende Menschen versammelten sich in Budapest.

Quelle: MTI/Zoltán Balogh

Magyar publiziert geheime Tonaufnahme und ruft zu Protesten auf

Am Dienstag, den 26. März, veröffentlichte Magyar auf seiner Facebook-Seite im Zuge seiner politischen Abrechnung eine private Tonaufnahme seiner Ex-Frau, die weitere Beweise für seine Korruptionsvorwürfe liefern soll. Die Notwendigkeit zur heimlichen Aufnahme seiner Ehefrau und deren jetzige Veröffentlichung begründete er mit dem angeblichen Selbstschutz seiner Familie. Ferner würden dadurch keine Persönlichkeitsrechte verletzt und die Aufnahme schade seiner Ex-Frau nicht. Die reine Verletzung ihrer Privatsphäre stelle kein Verbrechen dar. Judit Varga, die sich infolge ihres Rücktritts aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen hatte, reagierte in einem umfassenden Facebook-Post auf die Geschehnisse. Ihr Ex-Mann habe sie im Vorfeld der Tonaufnahme „tagelang terrorisiert“, sodass sie ihm im aufgezeichneten Gespräch das gesagt habe, was er habe hören wollen, damit er sie so schnell wie möglich in Ruhe lasse. Weiter wolle sie sich dazu nicht äußern, da „ich mich bereits aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen habe und jede öffentliche Diskussion – sei es auch eine Bewertung des erstaunlichen, irreführenden Amoklaufs meines inzwischen zum linken Politiker avancierten Ex-Mannes – mich zurück in die politische Arena bringen würde, was ich vermeiden möchte.“ Ihre frühere Ehe habe ihr bereits genug Schmerz, Kummer und Demütigung bereitet. Die Aussagen von Péter Magyar halte sie für rücksichtslos und manipulativ. In einem kurz darauf ausgestrahlten TV-Interview beschuldigte Varga ihren Ex-Mann, sie während der Ehe misshandelt zu haben. Diese Aussage wurde von Magyar nicht bestritten. Ministerpräsident Orbán äußerte sich kurz und lapidar, indem er verlautbaren ließ, dass er sich mit Regierungsangelegenheiten, nicht mit TV-Dramen befasse. Am Dienstagabend veranstaltete Magyar einen spontanen Fackelzug durch die Budapester Innenstadt mit anschließender Abschlusskundgebung, an dem ein Bruchteil der Menschen vom 15. März, in etwa 10.000 Menschen, teilnahm. Bei seiner nächsten Großkundgebung erwarte er „mehrere Hunderttausend“, um die Regierung zu „entmachten“.

Viktor Orbán bei Donald Trump

Am Donnerstag, den 7. März 2024, reiste Viktor Orbán auf Einladung des renommierten amerikanischen Think Tanks Heritage Foundation in die USA. Das konservative Forschungsinstitut veranstaltete am Donnerstag eine geschlossene Podiumsdiskussion in Washington D.C., an der der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán teilnahm und sich mit Kevin Roberts, dem Präsidenten der Heritage Foundation, sowie Vivek Ramaswamy, in den Vorwahlen ausgeschiedener Präsidentschaftsanwärter der Republikaner, über die Zukunft der Beziehungen zwischen den USA und Ungarn austauschte. Viktor Orbán sprach zudem über die konservative Familien- und Wirtschaftspolitik Ungarns sowie die jüngsten Entwicklungen im Ukrainekrieg. Im Anschluss traf sich der ungarische Premierminister in der ungarischen Botschaft in Washington mit Steve Bannon, politischer Stratege und ehemaliger Berater sowie Chefstrategie Donald Trumps.



Viktor Orbán mit dem ehemaligen US-Präsident Donald Trump in seiner Residenz in Mar-a-Lago, Florida.

Quelle: MTI/Zoltán Fischer

Am Freitag, den 8. März 2024, reiste Viktor Orbán nach Florida und traf sich in Mar-a-Lago mit dem ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump. Begleitet wurde der Ministerpräsident von Außenminister Péter Szijjártó und dem politischen Direktor des Ministerpräsidentenamtes Balázs Orbán. Orbán und Trump unterhalten seit Jahren freundschaftliche Beziehungen und teilen viele politische Ansichten. Bereits auf dem kurz zuvor stattfindenden Diplomatie-Forum in Antalya (ADF) bezeichnete Viktor Orbán Trump als die „größte Friedenshoffnung“. Eine Aussage, welche er auch in den USA und nach seiner Rückkehr nach Ungarn wiederholte. Donald Trump äußerte sich ebenfalls positiv über Orbán und attestierte, dass niemand besser, schlauer oder ein besserer Anführer als Viktor Orbán sei und bezeichnete ihn schlichtweg als „den Boss“. Die Begeisterung über die USA-Reise des ungarischen Ministerpräsidenten hielt sich beim amtierenden US-Präsidenten Joe Biden hingegen in Grenzen. Orbán traf sich mit keinem Mitglied der amerikanischen Regierung, von Präsident Biden ganz zu schweigen. Biden kritisierte das Treffen daher wenig überraschend scharf und warf Viktor Orbán vor, eine Diktatur anzustreben.

Amtseinführung und erster Staatsbesuch von Tamás Sulyok in Polen

Am Sonntagnachmittag des 10. März wurde der designierte ungarische Staatspräsident, Tamás Sulyok, im Rahmen der offiziellen Zeremonie in der Budaer Burg in sein Amt eingeführt. Der Tradition gemäß grüßte Sulyok auch alle Ungarn im Karpatenbecken und weltweit. In der [letzten Ausgabe unseres Monatsbriefs](#) berichteten wir ausführlich über alle Details zum Rücktritt seiner Vorgängerin Katalin Novák und der Wahl von Sulyok. In seinem Amtseid bekräftigte der neue Präsident seine Treue und Verpflichtung zur ungarischen Nation: „Es gibt keine größere Ehre, als der Heimat, der Nation zu dienen.“ Weiterhin hob er seine Verpflichtung zum ungarischen Grundgesetz als Garant der Rechtsstaatlichkeit hervor,

die es unter allen Umständen zur Geltung zu bringen gelte. In seiner Antrittsrede legte er sein Verständnis als Repräsentant der nationalen Einheit und Wächter der Demokratie dar. An der Amtseinführung nahmen der Ministerpräsident und der Parlamentspräsident sowie einige Minister und Amtsvorgänger teil.

Seine erste Dienstreise führte das neue Staatsoberhaupt sodann nach Polen – neben Deutschland traditionell Ungarns engster Partner. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem polnischen Amtskollegen Andrzej Duda im südpolnischen Stry Sącz (dt. Alt Sandez, ung. Ószandec), betonte Sulyok, dass die Aufrechterhaltung und Vertiefung des Dialogs zwischen Polen und Ungarn von größter Bedeutung seien. Anlass des Besuchs war der „Tag der polnisch-ungarischen Freundschaft“ (23. März), der als offizieller Gedenktag seit 2007 an die tausendjährige Freundschaft der beiden Länder erinnern soll. In diesem Sinne kann auch der Austragungsort des Treffens als historischer Verweis gesehen werden. Das bis zum Ende des Ersten Weltkriegs im Habsburgerreich in Galizien und Lodomerien gelegene Stry Sącz lag einst an der Handelsroute ins Königreich Ungarn. Schutzheilige der Region ist die Heilige Kinga (Kunigunde) aus dem ungarischen Königshaus der Árpáden, Tochter Königs Béla IV. und Ehefrau des polnischen Fürsten Boleslav V., der seiner Frau das Gebiet 1257 vermachte. Auch Sulyok nahm in seiner Rede auf diese historische Verbindung der beiden Länder Bezug.

Weitere Themen des Treffens bildeten überdies die polnische Drei-Meere-Initiative, die Minderheiten, die gegenseitigen Handelsbeziehungen und die Wichtigkeit der Entwicklung der Verteidigungskapazitäten: „Wir sprechen über zwei Nationen, die die Freiheit wertschätzen und schätzen“, hob Sulyok hervor. Ungarn und Polen hätten schon immer gewusst, dass Freiheit etwas sei, wofür man kämpfen müsse. Auch in der Außenpolitik hätten die Länder mehrere gemeinsame Interessen. Ungarn sei stolz darauf, dass sich seine Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des BIP belaufen. Die Entwicklung seiner Streitkräfte sei für das Land ebenso wichtig wie für Polen. Im nächsten Jahr soll Präsident Duda zum Gedenktag ins ungarische Kaposvár eingeladen werden, wo es eine polnische Minderheitengemeinschaft gibt.

Notstand, NATO, Nuklear – Kurznachrichten aus Politik und Wirtschaft

Parlament debattiert Verlängerung des Kriegsnotstandes

Am 20. März debattierte die ungarische Nationalversammlung die Verlängerung der aufgrund des Ukrainekriegs ausgerufenen Notstandssituation um weitere 180 Tage. Der Notstand war am 25. Mai 2022 in Kraft getreten, und zwar angesichts des bewaffneten Konflikts und der humanitären Katastrophe im ungarischen Grenznachbarland Ukraine, ferner um die Folgen eines derartigen Konflikts in Ungarn abzuwenden – so das Dekret im Ungarischen Staatsanzeiger Nr. 85 von 2022. Dessen Regeln benennen den ungarischen Ministerpräsidenten als das für die Bewältigung der Folgen der Gefahrenlage verantwortliche Regierungsmitglied. Notfallmaßnahmen im Zusammenhang mit der Notstandslage können in gesonderten Regierungsdekreten festgelegt werden. Die Regierung hat ständig das Bestehen des Notstands und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Notstandsmaßnahmen zu prüfen. Für eine solche Notwendigkeit plädierte in der parlamentarischen Debatte von Regierungsseite der zuständige Staatssekretär im Justizministerium, Róbert Répássy, um die ausreichenden Mittel zur Unterstützung, Versorgung und Unterbringung der Kriegsflüchtlinge sicherstellen zu können. Zur Bewältigung der größten humanitären Krise Europas seit dem

Zweiten Weltkrieg müsse Ungarn weiterhin in der Lage sein, effektive und schnelle Reaktionen zu entwickeln. Die Oppositionsseite stellte die Verhältnismäßigkeit der Notstandslage infrage und klagte einen Missbrauch der Lage an. Andere EU-Staaten könnten durchaus mit der Kriegssituation umgehen, ohne auf Notstandsgesetze zurückgreifen zu müssen. In den letzten vier Jahren habe die Regierung mehr als 1.000 Notstandsverordnungen erlassen, von denen einige weder etwas mit der Corona-Pandemie noch dem Ukrainekrieg zu tun gehabt hätten.

25 Jahre ungarische NATO-Mitgliedschaft

Am 12. März 2024 jährte sich ein Vierteljahrhundert ungarischer Partizipation im transatlantischen Verteidigungsbündnis. Vor genau 25 Jahren, am 12. März 1999 war das Land der NATO-Partnerschaft beigetreten. Diese feierte ferner auch 75 Jahre ihres eigenen Bestehens. Aus diesem Anlass wurde im ungarischen Parlament eine Feierstunde begangen. „Eine starke NATO liegt im existenziellen Interesse Ungarns und der ungarischen Nation“, betonte der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Zsolt Németh. Der Beitritt Finnlands und Schwedens zum Bündnis wurde ausdrücklich im Namen der gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit begrüßt. Trotz der steinigen Hürden, die man hatte überwinden müssen, seien die Aufnahmen der beiden Länder zweifelsohne vollkommen im ungarischen Interesse. Auch in der Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine stehe Ungarn fest an der Seite der NATO-Partner, auch wenn es die taktischen Handlungsmaßstäbe zur Sicherung der ukrainischen strategischen Ziele anders bewerte. Die NATO – als stärkstes Verteidigungsbündnis der Welt – habe das Potenzial, Friedensverhandlungen herbeizuführen: „Wir brauchen keine ausgeblutete, sondern eine stabile und starke Ukraine als unseren östlichen Nachbarn.“ Auch der ungarische Verteidigungsminister stellte sich in seiner Rede vor Soldaten der ungarischen Streitkräfte ausdrücklich hinter das Bündnis: „Dieses Bündnis verkörpert eine glaubwürdige Abschreckungskraft und weist mit seinem entschlossenen Auftreten jeden Herausforderer in die Schranken.“ Ungarn tue alles, um die NATO mit seinen finanziellen und militärischen Mitteln zu bereichern. Dabei verwies er auf die umfassende Modernisierung der Armee, die in Ungarn bereits seit der Krim-Annexion 2014 forciert wird. Seit 2023 wendet Ungarn, entsprechend der NATO-Vorgabe, mindestens zwei Prozent seines BIP für Verteidigungsausgaben auf, ein Fünftel davon für die Modernisierung der Streitkräfte. Im Rahmen internationaler Missionen wie der Kosovotruppe KFOR sowie bei der Luftraumüberwachung der baltischen Staaten, Sloweniens und zeitweise der Slowakei übernimmt das Land aktiv Sicherheits- und Verteidigungsaufgaben im Bündnis.

Treffen der Nuklearallianz in Brüssel

Am Donnerstag, den 21. März, reiste Ministerpräsident Viktor Orbán auf Einladung der belgischen EU-Ratspräsidentschaft zum ersten internationalen Gipfeltreffen der sogenannten Nuklearallianz nach Brüssel. Diese Gruppe von zwölf EU-Mitgliedsstaaten setzt sich für den Ausbau der Kernkraft als Energieträger in Europa auf dem Weg zu mehr sauberer Energie und Energiesicherheit ein. An der Initiative beteiligen sich, unter der Führung Frankreichs, die Länder Bulgarien, Finnland, Kroatien, die Niederlande, Polen, Rumänien, Schweden, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Ferner nehmen Belgien und Italien als Beobachterstaaten teil, sodass die Hälfte der EU-Mitgliedsstaaten vertreten ist. Auch das Vereinigte Königreich als Nicht-EU-Staat ist Teilnehmer mit Beobachterstatus. Bereits vor gut einem Jahr, im Mai 2023, hatten sich die Regierungschefs darauf geeinigt, dass die

Kernkraft bis 2050 einen Anteil von 150 Gigawatt (25 Prozent) am EU-Strommix ausmachen solle – eine Steigerung um 50 Prozent. 30 bis 45 neue Reaktoren solle man in der EU bauen, was 300.000 bis 450.000 neu geschaffene Arbeitsplätze bedeuten könne. Ferner sei es das Ziel der Allianz, denjenigen europäischen Ländern zu helfen, die noch von Russland abhängig sind, ihre Abhängigkeit zu verringern. Insbesondere Bulgarien, die Slowakei und Ungarn zählen zu dieser Gruppe, da sie noch Reaktoren russischer Bauart mit russischem Brennstoff betreiben. Am internationalen Gipfeltreffen am Donnerstag waren neben den europäischen Atomvertretern auch internationale Gäste aus insgesamt 37 Staaten geladen, darunter unter anderem die USA, China, Japan, Südkorea und Saudi-Arabien aber auch europäische Nicht-EU-Staaten wie etwa Großbritannien oder Serbien. „Wir wollen die Kernkraft“, bekräftigte der serbische Präsident, „aber wir haben kein Know-how und kein Geld. Wir setzen auf die europäische Hilfe.“ Deutschland und Österreich als Führer der Anti-Atom-Staaten in der EU lehnen eine solche Finanzierung aus Brüsseler Geldern allerdings nach wie vor entschieden ab. Viktor Orbán vertrat in seiner Rede auf dem Gipfel hingegen den Standpunkt der Atombefürworter, dass sich nuklearer Strom „in großen Mengen, preiswert, sicher, nachhaltig und umweltschonend“ herstellen lasse. Mit dem Neubau seiner zwei Reaktoren könne Ungarn ab 2030 den Import von 3,5 Mrd. Kubikmeter Erdgas substituieren, was eine Schadstoffemissionsreduktion um 17 Mio. Tonnen CO₂ bedeuten würde. Zum Abschluss des Gipfels unterzeichneten 32 Nationen eine gemeinsame nukleare Deklaration.

Dyson investiert in Ungarn

Das Unternehmen Dyson, einer der führenden Hersteller für Haushaltsgeräte mit Firmensitz in Singapur, plant eine Investition in Ungarn. Dies wurde im Rahmen einer Auslandsreise des ungarischen Außenministers Szijjártó in den asiatischen Stadtstaat bekanntgegeben, wo er sich mit dem singapurischen Minister im Amt des Premierministers sowie der Handelsministerin traf. Einzelheiten der Investition würden im Laufe der nächsten Wochen bekanntgegeben. Ungarn sei als Sieger eines internationalen Wettbewerbs zwischen vielen Ländern hervorgegangen. Der bilaterale Handel mit Singapur habe im letzten Jahr mehr als 1 Mrd. US-Dollar betragen. Auch im kommenden Jahr sei ein Rekordhoch zu erwarten. Singapur ist Ungarns größter Handelspartner in der südostasiatischen Region. Aber auch für die EU ist das Land von Interesse. So plane Budapest, im Namen der EU im Laufe seiner kommenden EU-Ratspräsidentschaft ein Abkommen über digitalen Handel auszuarbeiten.

Internationale Umfrage zum Glauben an die Demokratie

Ungarn weist eine der höchsten Ablehnungsraten gegenüber dem Autoritarismus in der Welt auf. Zu diesem Ergebnis gelangte eine Studie des amerikanischen Think Tanks Pew Research Center, der in einer internationalen Vergleichsstudie das Vertrauen in die Demokratie in 24 Ländern untersuchte. 77 Prozent aller Befragten hielten die repräsentative Demokratie für gut, 20 Prozent für schlecht. 70 zu 24 Prozent befürworteten die direkte Demokratie, womit sie als Regierungsform den zweiten Platz der Beliebtheit belegt. Auf überwiegende Ablehnung stießen hingegen autoritäre Regierungssysteme verschiedenster Prägung, hierbei am deutlichsten unter anderem in Ungarn. Lediglich 18 Prozent der Befragten äußerten sich positiv zu diesen, was mit den Ergebnissen in den Niederlanden übereinstimmt. Lediglich Deutschland und Schweden schnitten besser ab. Auch die Beliebtheit der jeweiligen nationalen Spitzenpolitiker wurde in den Umfragestaaten erhoben. Im Beliebtheitsvergleich

aller Politiker zwischen den Ländern erreicht Viktor Orbán einen Platz im Mittelfeld (51 Prozent Zustimmung zu 46 Prozent Ablehnung). Die ungarische Opposition erreicht hingegen zwei der drei letzten Plätze im Gesamtvergleich. Die Spitzenpolitikerin der Demokratischen Koalition (DK), Klára Dobrev, kam auf 19 Prozent Zustimmung zu 75 Prozent Ablehnung und damit hinter dem Japaner Kenta Izumi auf den drittletzten Platz. Das schlechteste Ergebnis erhielt Péter Márki-Zay, ehemaliger Spitzenkandidat der Opposition bei den Nationalwahlen 2022. Nur 15 Prozent der Befragten äußerten ihre Zustimmung, wohingegen ganze 78 Prozent Márki-Zay ablehnten – ein Zeugnis für das inländische Imageproblem der Oppositionsparteien. Ein weiteres ernüchterndes Ergebnis der Umfrage: 59 Prozent aller weltweit Befragten gaben an, dass sie mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land unzufrieden seien.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

MCC
MATHIAS CORVINUS COLLEGIUM

III.
DEUTSCH-UNGARISCHES SOMMERCAMP
FÜR ENGAGIERTE JUNGE ERWACHSENE

Wann?
von 13 / 08 / 2024
bis 17 / 08 / 2024

Wo?
Révfülp, Balaton

Anmeldung mit Motivationsschreiben und Lebenslauf bis zum 9. Juni.
Weitere Informationen: deutsch-ungarisches-institut.hu

Das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit und die Deutsch-Ungarische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. veranstalten nun schon zum dritten Mal das jährlich stattfindende „Sommercamp“ **am Balaton** und laden interessierte **junge Erwachsene zwischen 18 und 30 Jahren** aus beiden Ländern ein.

Das Camp findet vom **13. bis zum 17. August 2024** im Cholnoky Jenő Jugendhafen und Studentenlager des Mathias Corvinus Collegiums in **Révfülp am Balaton / Plattensee** statt.

Ziel ist die Vertiefung der deutsch-ungarischen Beziehungen, die Förderung des Verständnisses des jeweils anderen Landes sowie der Ausbau der persönlichen Beziehungen. Im Rahmen des Programms werden interaktive Workshops und Vorträge sowie Diskussionen mit Experten über die deutsch-ungarische Freundschaft im gesamteuropäischen Kontext stattfinden. Die Sprache des Seminars ist Deutsch. Neben den Fachprogrammen wird selbstverständlich auch das gesellige Miteinander nicht zu kurz kommen. Unsere Tagungsstätte liegt direkt am See und es wird reichlich Möglichkeiten zum Segeln, Schwimmen und gemütlichen Beisammensein am Ufer des Balatons geben.

Da es eine begrenzte Zahl an Teilnehmern gibt, bitten wir um eine unverbindliche Anmeldung mit Lebenslauf und kurzem Motivationsschreiben bis zum 9. Juni unter: fodor.kinga@mcc.hu

Die Teilnahme am Sommercamp ist kostenlos, jedoch müssen die Kosten für die An- und Abreise selbst getragen werden.

Beachten Sie bitte, dass das Sommercamp in Abhängigkeit der Anmeldungen stattfinden wird. Sie erhalten eine baldmöglichste Rückmeldung.

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab September 2024 **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab September 2024 **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Prof. Dr. Tilman MAYER, Professor für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, war zwischen dem 4. und 8. März Gast am Deutsch-Ungarischen Institut. Während seines Aufenthalts traf der führende Deutschlandforscher und Demograph verschiedene Experten aus den Fachbereichen deutsche Minderheitenpolitik und Familienpolitik und hielt zudem am Mittwoch, den **6. März 2024** sowie am Donnerstag, den **7. März 2024** einen Vortrag mit dem Titel „**Deutschland – ein historisches und politisches Experimentierfeld**“ im **Budapester** bzw. **Szekszárd**er Stützpunkt des Mathias Corvinus Collegiums. Den Bericht zu der Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Am **7. März 2024** fand im Rahmen der traditionellen Veranstaltungsreihe „**Deutschland und Ungarn im Gespräch**“ gemeinsam mit der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. eine weitere Online-Veranstaltung mit **Dr. István VARGA**, Leiter der MCC-Schule für Privatrecht und Professor für Zivilprozessrecht an der ELTE, zum Thema „**Der neue ungarische Staatspräsident**“ statt. Im Rahmen der Veranstaltung wurden der Rücktritt der alten Präsidentin Katalin Novák sowie die Person und das Programm des neuen Amtsinhabers Tamás Sulyok diskutiert.

Am **13. März 2024** hielt **Dr. Klaus-Rüdiger MAI**, Sachbuchautor, Essayist und Publizist, in Pécs einen Vortrag zum Thema „**Das Zeitalter des Chaos – Die deutsche Politik unter dem Druck des Extremismus**“. Zentrales Element der Veranstaltung war unter anderem die bisherige und zukünftige Rolle Sahra Wagenknechts und ihrer neugegründeten Partei BSW in der deutschen Politik. Den ausführlichen Bericht lesen Sie [hier](#).

Prof. Dr. Hans-Christof KRAUS, Historiker und Lehrstuhlinhaber für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Passau, besuchte zwischen dem 19. und 21. März das Deutsch-Ungarische Institut. Im Rahmen seines Aufenthaltes fanden Gespräche mit einer Reihe von

bedeutenden Historikern, Juristen und Diplomaten sowie anderen Vertretern der ungarischen Zivilgesellschaft statt. Am Mittwoch, den **20. März 2024**, hielt Kraus im **Budapester Hauptgebäude** des Mathias Corvinus Collegiums einen Vortrag zum Thema **„Ende der Illusionen – Weltpolitische Veränderungen seit 1990“**. Zum Bericht kommen Sie [hier](#).

Vom 22. bis zum 23. März 2024 nahm das Deutsch-Ungarische Institut als Co-Veranstalter an der **Internationalen Konferenz der Joseph Károlyi Stiftung im Schloss Károlyi in Fehérvárcsurgó** teil. Thema und Titel der Veranstaltung waren **„Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Europa im Herzen eines Wandels?“**. Im Rahmen der Veranstaltung hielten auch **Prof. Dr. Reinhard MERKEL** und **Henning SABENRATH**, beides Visiting Fellows des Instituts, Gastvorträge zu den Bereichen Migration und Geschichte. Visiting Fellow **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL** sprach das Schlusswort der Konferenz. Ein Tagungsband zur Konferenz wird im Laufe des Jahres bei der Joseph Károlyi Stiftung erscheinen.

Prof. Dr. Torsten OPPELLAND, Professor für Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, war zwischen dem 25. und 27. März Gast des DUI. Im Laufe seines Aufenthalts hielt der deutsche Politikwissenschaftler und Zeithistoriker am **26. März 2024** einen Vortrag zum Thema **„Regieren ohne Mehrheit – Sind Minderheitsregierungen die Zukunft Europas?“** im **Győrer Standort** des Mathias Corvinus Collegiums. Einen ausführlichen Bericht finden Sie in Kürze auf unserer Webseite.

Am **27. März 2024** hielt **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen-Instituts für Europäische Zusammenarbeit, einen Vortrag am MCC-Bildungszentrum in **Kaposvár**. Thema des Abends war ein **Rückblick auf zwei Jahre deutsche Ampel-Regierung** – rund 50 Zuhörer, größtenteils MCC-Studenten, wohnten der Veranstaltung bei und konnten im Anschluss ihre Fragen stellen. Der Bericht erscheint in Bälde online.

Bevorstehende Veranstaltungen

Prof. Dr. Reinhard MEHRING ist zwischen dem 2. und 6. April Gast am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit. Mehring ist Professor für Politikwissenschaft und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Im Rahmen seines Aufenthaltes wird er am **3./4. April 2024** zwei Vorträge in **Szeged und Budapest** halten, beide zum Thema **„Carl Schmitt und Jürgen Habermas über die Verfassung Europas“**. Die Anmeldung zur Budapester Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Vom 11. bis zum 13. April 2024 organisiert das **Jakob Bleyer Heimatmuseum** gemeinsam mit dem Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit eine **Fachtagung** mit dem Titel **„Brückenbauer - Grenz- und zeitüberschreitende Minderheitenfragen am Beispiel der deutschen Minderheit“** in **Budapest**. Zu den öffentlich zugänglichen Programmpunkten möchten wir Sie herzlich einladen. Die Konferenz wird in zwei Teilen stattfinden. Der **erste Teil wird am 11. April im MCC Budapest** abgehalten. Dort werden Grußworte und Vorträge von u. a. **Oliver SCHENK**, Leiter der Sächsischen Staatskanzlei, **Dr. Jens BAUMANN**, Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler des Freistaats Sachsen, **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL**, Visiting Fellow des DUI und Professor an der Universität Chemnitz sowie eine Literaturlesung mit **Katharina MARTIN-VIROLAINEN** mit musikalischer Umrahmung von **Oleg VON RIESEN** erwartet. Am **13. April findet im Jakob Bleyer Heimatmuseum der zweite Teil** der Tagung statt. Er gibt Vorträge von **Dr. Barbara BANK**, **Dr. Ferenc EILER** und ein **Podiumsgespräch zum Thema „Zukunftsmöglichkeiten der**

kreativen Jugendarbeit“ mit anschließender Diskussion mit Engagierten in der Jugendarbeit der deutschen Minderheiten. Ein Input des Publikums ist erwünscht. Die Anmeldemöglichkeiten finden Sie auf unserer [Homepage](#).

Veröffentlichungen

In seinem Artikel „**Strenger Verfechter der Überparteilichkeit**“ analysiert **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, den neuen ungarischen Staatspräsidenten Tamás Sulyok und sein Verhältnis zu seinem Amt und dem demokratischen Wert der Rechtsstaatlichkeit. Der Artikel erschien am **8. März 2024** in der **Budapester Zeitung**.

Am 11. März fand in der Residenz von Botschafterin Julia Gross eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die Rolle der Medien in widerstandsfähigen Demokratien“ statt. Zu Gast waren Dr. Zoltán Szalai, Chefredakteur der Wochenzeitschrift Mandiner und Generaldirektor des Mathias Corvinus Collegiums (MCC), und Jennifer Wilton, Chefredakteurin der Tageszeitung Die Welt. **Tamás FONAY**, Projektkoordinator des Deutsch-Ungarischen Instituts, fasst die aufsehenerregende Veranstaltung in seinem Artikel „**In Ungarn nichts Positives**“ in der **Budapester Zeitung** vom **22. März 2024** zusammen.

Besuchstipp



Die Moschee Gazi Khassim Pascha – auf dem islamischen Halbmond thront ein christliches Kreuz
(Quelle: Wikimedia Commons)

Die Moschee Gazi Khassim Pascha (ung. Gázi Kászim pasa dzsámija) ist das wohl aufsehenerregendste und kurioseste Gotteshaus in Ungarn. Besser bekannt ist das im südungarischen Pécs (dt. Fünfkirchen) gelegene Gebäude nämlich unter dem Namen Kirche der gesegneten Jungfrau Maria (Gyertyaszentelő Boldogasszony-templom). Die heute als römisch-katholische Kirche genutzte ehemalige Moschee ist das am besten erhaltene islamische Gebäude Ungarns und stammt aus der Zeit der Türkenbesetzung (Mitte des 16. Jh.-Ende des 17. Jh.), genauer gesagt aus den 1660er-Jahren. Die türkischen Verzierungen und osmanischen Inschriften mit Passagen aus dem Koran sind nach der Vertreibung der muslimischen Besetzer von den Christen nicht zerstört worden. Der Gebetsraum ist gegen Eintritt heute als Kunstmuseum zu besichtigen. Allerdings wurde das Minarett abgerissen, sodass nur noch der Kern der Moschee erhalten blieb. Die beiden türkischen Bäder wurden in pragmatischer ungarischer Art für Weihwasser umgenutzt, der islamische Halbmond auf dem Dach wurde nicht entfernt, lediglich ein christliches Kreuz auf dessen Spitze gesetzt, was der

Kirche einen besonderen historischen Charme verleiht. Auf alle Fälle ist Fünfkirchen als eine der stimmungsvollsten Kulturstädte Ungarns nicht nur wegen seiner Moschee einen Besuch wert.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Tristan Csaplár, Philipp Sajthy

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu